

## **Die Aufgabe der Doppelämter in Wirtschaft und Politik**

Etwas verallgemeinernd kann man die Demokratie als Herrschaft im Auftrage und unter der Kontrolle des Volkes bezeichnen. Nach William Riker zählt zu den entscheidenden Kriterien der Demokratie neben Partizipation, Freiheit und Gleichheit auch eine Volksvertretung mit wirklichen Entscheidungsrechten. Was passiert aber, wenn die Volksvertretung aufhört Volksvertretung zu sein und deren Tätigkeit weder im Auftrag des Volkes noch unter dessen Kontrolle ist.

Oft genug werden politische Entscheidungen nicht im Sinne des Gemeinwohl des Volkes getroffen, sondern verfolgen private Interessen. Der Lobbyismus in der Politik gefährdet demzufolge die Demokratie eines Staates, wenn so Entscheidungen zu Gunsten eines Wirtschaftsunternehmens und nicht im Interesse des Volkes getroffen werden. Wenn Politiker neben ihrem Wählerauftrag noch weitere Positionen in der Wirtschaft wahrnehmen, sind Interessenskonflikte eine nicht unwahrscheinliche Folge. Die Voreingenommenheit der Politiker kann den Bürgern schaden. So wird z.B. ein Politiker im Aufsichtsrat eines Tabakkonzerns schwer für Entscheidungen stimmen, die das Rauchverbot fordern. In manchen Fällen ist die Voreingenommenheit sogar ein Antrieb der Korruption, wenn Politiker im Interesse eines Wirtschaftsunternehmens handeln, das Schmiergelder dafür bezahlt.

Die europäischen Länder sind nicht so demokratisch, wie sie nach außen scheinen.

Meine Idee für mehr Demokratie in Europa ist eine strikte Trennung von Wirtschaft und Politik. Die Maßnahme fordert die Aufgabe der Ämter der Politiker in der Wirtschaft, damit Interessenskonflikte vermieden werden. In Deutschland z.B. verzichtete der CDU-Abgeordnete Norbert Röttgen auf sein Amt beim Bundesverband der Deutschen Industrie als Reaktion auf die zunehmende Kritik, dass die Posten als Hauptgeschäftsführer des BDI und Abgeordneter unvereinbar sind.

In anderen Ländern wird die Beziehung von Doppelämtern als selbstverständlich angenommen. In Bulgarien z. B. wird dieses Thema gar nicht aufgegriffen, da andere Probleme für wichtiger gehalten werden.

Ein schon fast skandalöses Beispiel für das enge Verhältnis von Politik zu Wirtschaft ist der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi, der auch ein großer Unternehmer ist. Er ist Mehrheitsaktionär bei zwei der wichtigsten Verlagshäuser Italiens und Besitzer des

Medienunternehmens Mediaset, das 20% der nationalen Kanäle hält. Der Einfluss von Politikern auf die Medien ist immer mit einem gewissen Grad Subjektivität der Darstellungsweise der Probleme verbunden. In diesem Fall geht es nicht nur um das Ausnutzen von subjektiven Interessen auf nationaler Ebene, sondern um die Einschränkung eines der Grundrechte der Demokratie, nämlich die Pressefreiheit.

Wenn durch EU- Einmischung auf nationaler Ebene in der ganzen EU der Lobbyismus in der Politik durch Abschaffung der Doppelämter reduziert wird, wird Europa von Innen nach Außen demokratisiert. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Lobbyismus im Grunde einen positiven Effekt auf die Politik hat, nämlich indem sie Politiker über mögliche Konsequenzen von Entscheidungen aufklärt oder wenn Entscheidungen im Interesse einer ganzen Branche getroffen werden.

Bezüglich dieser Maßnahme gibt es bestimmte Einwände.

Politiker werden beschränkt in der Ausübung weiterer Tätigkeiten, was auch Auswirkungen auf ihre Finanzsituation hat. Da sie auf die zusätzlichen Einnahmen aus ihren Nebenämtern in der Wirtschaft verzichten müssen, kann man Kompensationen dafür einführen.

Die Grenze der Reichweite der Maßnahme ist klar. Auf nationaler Ebene ist diese Maßnahme schwer umsetzbar, da die Politiker selber darüber entscheiden und nicht das Volk. Das hat zur Folge, dass viele von ihnen eine solche Maßnahme ablehnen würden, da sie ihnen eindeutig schadet.

Die Umsetzung der Maßnahme ist leichter auf EU- Ebene möglich. Die Demokratisierung erfolgt in dem Maße, dass die Interessen des Volkes an erster Stelle stehen würden. Für EU-Bürger bedeutet das die Sicherheit, dass das Wohlergehen des Volkes von erstrangiger Bedeutung ist und es wird mehr Transparenz in den Beziehungen zwischen der Politik und Wirtschaft geben.